

Die SPD nach Krafts Triumph

Gabriels Ausraster und die K-Frage

Nach der Wahl ist vor der Wahl: SPD und Grüne rücken zusammen. Doch es wartet noch viel Arbeit bis zum erhofften Machtwechsel im Bund. Die K-Frage beschäftigt die SPD – und ein Ausraster des Parteichefs.

BERLIN – Von der rauschenden Wahlparty in der SPD-Zentrale war nur noch ein Erinnerungstück an der Außenfassade übrig geblieben. „Currywurst ist SPD“, stand auf dem Riesenplakat, mit dem Hannelore Krafts Sozialdemokraten im Wahlkampf erfolgreich das Lebensgefühl der Menschen in NRW angesprochen hatten.

Doch allein mit Jubelfeiern und Selbstlob wollten sich SPD und Grüne am Tag danach nicht begnügen. Die beiden erklärten Wunschnachbarn blickten nach vorn. „Wir kämpfen für Rot-Grün“, verkündete Generalsekretärin Andrea Nahles den engen Schulterschluss. Der Sieg in NRW sei eine „Gemeinschaftsleistung“ von Rot-Grün. Unisono beteuerten die Wunschnachbarn in ihren 3,5 Kilometern voneinander entfernten Parteizentralen: Diesen Erfolg wolle man im nächsten Jahr wiederholen, zuerst in Niedersachsen und dann im Bund.

Dagegen gaben sich die Grünen am Tag danach betont nüchtern. Ihre NRW-Vizeregierungschefin Sylvia Löhrmann warnte ausdrücklich vor einer Überhöhung. Ihr Motto: Gut, dass es durch vertrauenswürdige Arbeit geklappt hat – aber: „Es gibt keine rot-grüne Euphorie.“ Parteichef Cem Özdemir beteuerte sogar: „Das Thema Eigenständigkeit steht nicht zur Disposition.“ Die Abwahl von CDU-Kanzlerin Merkel sei zu schaffen. „Daraus folgt nicht, dass Rot-Grün eine Naturgesetzlichkeit ist.“

„Gut, dass das nicht Herr Putin gesagt hat“

Die eigentliche Wahlsiegerin hatte Tipps parat, mit welchen Rezepten die SPD in die nächsten Schlachten ziehen soll. Vor allem komme es darauf an, Verlässlichkeit wieder zum Markenzeichen zu machen, riet eine übermächtige Hannelore Kraft in der Berliner Parteizentrale. Ob sich diese Mahnung auch an den oft sprunghaften SPD-Parteichef Sigmar Gabriel neben ihr richtete, blieb offen.

Dessen Ausraster vom Vorabend sorgte da bereits für reichlich Gesprächsstoff. In der ARD-Talkshow mit Günther Jauch war Gabriel am Wahlabend seinen alten Förderer Gerhard Schröder frontal angegangen, nachdem sich der für Peer Steinbrück als nächsten Kanzlerkandidaten ausgesprochen hatte. „Ich bin ja froh, dass er das selber gesagt hat, und nicht Herr Putin“, platzte es aus Gabriel heraus – in Anspielung auf Schröders Duzfreund in Moskau. Einige Mühe hatten die SPD-Akteure, die mit Krafts Wahlsieg neu eröffnete Kandidatendebatte unter der Decke zu halten. Ob dies noch lange gelingt, ist eher fraglich.

Joachim Schucht/Basil Wegener, dpa

Die FDP und ihre wertvollen Gehölze

Eiche oder Bambus?

Als FDP-Chef muss man aus einem besonderen Holz geschnitzt sein. Der in Vietnam geborene Philipp Rösler sieht sich als Bambus, der sich im Wind wiegelt, aber nie bricht. Fraktionsboss Rainer Brüderle möchte dagegen eher eine deutsche Eiche sein: Solide, verlässlich, treu.

BERLIN – Am Wochenende sagte Brüderle auf einem Landesparteitag in Hessen zur Lage der FDP: „Glaubwürdigkeit gewinnt man, indem man nicht wie Bambusrohre hin und her schwingt, sondern steht wie eine Eiche. Deswegen ist die Eiche hier heimisch und nicht das Bambusrohr.“ Das fassten manche in der Partei als Spitze gegen den angeschlagenen Rösler auf. Brüderle bestreitet das. Der Kieler Spitzenmann Wolfgang Kubicki meinte nun süffisant zur liberalen Holzkunde: „Eichen muss man weichen.“ Keine Einwände erhob Kubicki, wenn man ihn als Palisanderholz der FDP bezeichnen würde.

Das wertvollste Holz in der FDP ist derzeit aber ohne Frage Christian Lindner. Der 33-Jährige stand gestern erstmals wieder neben Rösler bei einer Pressekonferenz im Dehler-Haus – auf den Tag genau fünf Monate nach seinem Rücktritt als Generalsekretär. Es gebe kein Zerwürfnis, die Zusammenarbeit sei ordentlich, beteuerte Lindner. Künftig wird jedes seiner Worte auf die Goldwaage gelegt, ob es für oder gegen Rösler gemeint sein könnte.

NRW-Verlierer Röttgen soll Minister bleiben, aber:

Merkel geht auf Abstand



Stimmungsbilder aus der CDU-Zentrale: Wahlverlierer Norbert Röttgen schleicht sich mit einem mageren Blumenstrauß davon, während sich die Kanzlerin bereits neuen Aufgaben zuwendet. Foto: dpa

Norbert Röttgens Lippen sind fast nicht zu sehen, so sehr presst er sie aufeinander. Das Gesicht des Wahlverlierers von Nordrhein-Westfalen spricht Bände, als er am Montag in der CDU-Zentrale in Berlin mit Parteichefin Angela Merkel vor unzählige Kameras tritt: Jetzt nur nicht auch noch die Fassung verlieren.

BERLIN – Merkel verliert keine Zeit. Die Bilanz der Kanzlerin ist ein Dreiklang: Niederlage eingestehen, Bundespartei von der Schwäche der Landespartei abgrenzen, Blick nach vorn richten. Fertig. Drei Sätze sind es: „Es war ein bitterer Tag.“ „Es war eine Landtagswahl.“ und: „Ich sehe der Bundestagswahl sehr gelassen entgegen.“

Röttgen kommt seinen Kritikern zuvor: Er ganz persönlich habe es als Spitzenkandidat nicht vermocht, in NRW gegen die rot-grüne Minderheitsregierung eine Wechselstimmung zu begründen. Das habe auch mit seinem Stil zu tun. In der Präsidentsitzung am Morgen hatten sie dem Bundesumweltminister und stellvertretenden Parteivorsitzenden noch einmal gesagt, dass es ein Fehler war, sich im Wahlkampf nicht auch zu einer Oppositionsrolle in Düsseldorf zu bekennen. „Das hat den Wahlkampf belastet. Das ist keine Frage“, gibt er nun zu.



Rivalen Lindner (li.) und Rösler

aus seinem Wahlkampf, meint Lindner. nach Aussage von Beobachtern könnte er erst einmal Vize-Parteichef werden.

Dann wäre er in der Führungsspitze präsent. Im Tagesgeschäft sieht Lindner seine Zukunft als Fraktionschef der 22 Abgeordneten im Düsseldorfer Landtag. Und zwar für volle fünf Jahre: „So ist das eben in der Demokratie.“ Kubicki tröstete seinen jungen Parteifreund: „Er ist die Zukunft, ich bin die Vergangenheit.“

Tim Braune, dpa

Je öfter der 46-Jährige Asche auf sein graues Haupt streut, desto sicherer wird er. Er wolle den Kopf wieder nach vorn richten, sagt er etwas ungenau und bedankt sich bei der Partei für die „erfreuliche Erfahrung“, dass sie bei aller Bitterkeit nun zusammenstehe. Merkel betont: „Wir verlieren gemeinsam. Wir gewinnen gemeinsam.“

Doch der Absturz der NRW-CDU von 34,6 auf 26,3 Prozent wird wohl bis in alle Ewigkeit ein Fall Röttgens bleiben. Schon deshalb, weil er sich mit seinem Stil – einer mitunter als überheblich empfundenen Art – viel Sympathien in der Partei verschert hat und sich kein CDU-Politiker in einen Sog unter 30 Prozent ziehen lassen will.

CSU-Parteichef Horst Seehofer tut noch ein Übriges: Er schießt gegen Röttgen als Minister: „Ich hoffe, dass der Bundesumweltminister mit dieser Herausforderung anders umgeht als mit dem Wahlkampf in NRW“, sagt der bayerische Ministerpräsident, der sich mit den CSU-Spitzen erst wieder zusammensetzen will, wenn das Betreuungsgeld auf den Weg gebracht ist.

Merkel meint zu Seehofers Schelte nur, die Analyse der Wahlniederlage sei Sache der CDU. So richtig motivierend wirkt Merckels Klarstellung für Röttgen aber wohl nicht. Sie betont:

„An der Aufgabenstellung des Umweltministers hat sich durch den gestrigen Tag nichts geändert.“ Soll heißen, Röttgen bleibt Umweltminister. Aber es hört sich distanziert an, da sie das Amt nicht mit seinem Namen verbindet.

Der oberfränkische CSU-Politiker Hartmut Koschyk sagte bei einem Besuch der NZ-Redaktion, er sehe in der NRW-Wahl kein bundespolitisches Signal. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium betonte, das gute Abschneiden der SPD habe nichts mit einer wachsenden Unzufriedenheit gegen Merckels Finanzkurs oder den europäischen Rettungsschirm zu tun, sondern sei vor allem auf die Persönlichkeit von Hannelore Kraft zurückzuführen. CDU-Herausforderer Röttgen sei im Wahlkampf manchen hingegen wohl als zu „halbherzig“ erschienen. Die Niederlage habe jedoch keine „sofortigen Auswirkungen“ auf den Bundesumweltminister; dessen Verbleib im Umweltressort sei unbestritten.

Als möglichen CDU-Landesvorsitzenden in NRW sei der bisherige Fraktionschef Karl-Josef Laumann denkbar, der womöglich auch bundespolitische Ambitionen hat: „Ob es bei einem Unionssieg bei der Bundestagswahl 2013 aber zwei Minister aus Nordrhein-Westfalen geben wird, ist fraglich.“

NZ/dpa

Nürnberger Linken-Politiker:

Lafontaine wäre eine gute Zwischenlösung

NÜRNBERG – Die Linke ist aus zwei westdeutschen Parlamenten hochkant herausgewählt worden. Wir befragten den Nürnberger Bundestagsabgeordneten Harald Weinberg (55), der zugleich Kreisvorsitzender der Linken in Nürnberg-Fürth ist, zur Krise seiner Partei.

NZ: Herr Weinberg, ist die Ausweitung der Linken in den Westen gescheitert?

Weinberg: Ich wäre vorsichtig mit voreiligen Schlüssen. Es gab ja keine Westausdehnung in der Form, sondern einen Zusammenschluss zweier Parteien, der PDS und der WASG. Die WASG ist eine sehr junge Partei gewesen, und die Verankerung im Westen hat noch nicht ausgereicht. Aber den Freundinnen und Freunden im Osten sei gesagt: Sogar wenn die West-Linke nur für drei Prozent gut sein sollte, dann sind es die drei Prozent, die uns bei der nächsten Wahl wieder in den Bundestag bringen.

NZ: Damit deuten Sie aber an, dass die Linke wie in alten PDS-Zeiten sogar um den Bundestageinzug zittern muss. 2009 war man noch stärker als die Grünen.

Weinberg: Ob es ein Zitterspiel wird, hängt von vielen Faktoren ab. Wovon ich wenig halte, ist der Streit um strategische Optionen innerhalb der Linken. Die eine parteinterne Richtung wirft der anderen vor, sie mache eine Strategie: „Die Linke gegen alle.“ Zugleich reklamiert sie für sich, es sei viel besser, auf eine Strategie der Kooperation zu setzen. Ich halte dieses Gegeneinander-Stellen für falsch.

In Nordrhein-Westfalen und anderen westlichen Bundesländern gibt es überhaupt nicht die Option einer kooperativen Strategie, weil es da keine Kooperationspartner gibt. In Thüringen dagegen existiert durchaus die Möglichkeit, mit anderen Parteien zu vernünftigen Absprachen zu kommen. Daraus darf man keine Glaubensfrage machen. Ob Fundamentalopposition oder Annäherung die bessere Option ist, ist von Fall zu Fall zu entscheiden.



Harald Weinberg

NZ: Hat die Linke eine thematische Erneuerung verpasst, um sich stärker von SPD und Grünen abzusetzen?

Weinberg: Was soll das neue Thema sein? Unser Thema ist die soziale Frage. Und da gibt es genügend, was man skandalisieren muss. Auch die ökologische Erneuerung hat eine große soziale Komponente. Ein Beispiel: Ich bin natürlich dafür, dass Gebäude saniert werden und sie vernünftig energetisch isoliert sind. Aber dann muss gleichzeitig die Möglichkeit bestehen, dass sich Geringverdienende die Mieten noch leisten können.

NZ: Sind Sie böse auf die Piraten, weil die Ihnen die Stimmen rauben?

Weinberg: Nein. Natürlich sind wir mitbetroffen, denn die Funktion des Blitzableiters, die wir in der Vergangenheit hatten, ist übergegangen an die Piraten. Das ist denen nicht vorzuerwerfen. Was wir von den Piraten lernen müssen, ist, Netzpolitik für uns zu nutzen und neue Formen der Willensbildung auszuprobieren. Was wir nicht von ihnen lernen dürfen, ist, dass es gut sei, einfach überall blank zu sein. Das mag zwar sympathisch sein, ich halte das aber nicht für zielführend.

NZ: Heute soll sich entscheiden, ob Oskar Lafontaine an die Parteispitze zurückkehrt. Ist er der Hoffnungsträger oder ein Mann von gestern?

Weinberg: Die Wahrheit liegt dazwischen. In der augenblicklichen Situation ist es sinnvoll, wenn er stärker Verantwortung für die Partei übernehmen würde. Er ist jemand, der Menschen bewegen kann und für geradlinige linke Politik steht. Es wäre aber dennoch wieder nur ein Übergang. Wir müssen insgesamt unsere Rolle im Parteienspektrum finden. Mir wäre es lieber, die Linke wäre mehr Bewegungspartei und nicht immer nur auf Wahlen und Parlamente fixiert.

NZ: Macht sich das Tal, das die Linke durchschreitet, auch in Nürnberg bemerkbar? Laufen die Mitglieder davon?

Weinberg: Wir haben keine Verluste, aber einen sehr starken Austausch. Es kommen sehr viele zu uns, aber im gleichen Umfang verlieren wir auch. Daher stagnieren wir, was die Mitgliederzahl angeht, bei zirka 260. Wir versuchen, viel rauszugehen, um über Info-Stände und Aktionen mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und Glaubwürdigkeit aufrecht zu erhalten. Fragen: Marco Puschner

Hollande und seine Lieblingsfeindin Merkel

Küsschen oder Handschlag?

Eines muss Frankreichs neuer Präsident Hollande nicht befürchten: dass er wie sein Vorgänger Nicolas Sarkozy „Merckels Marionette“ bekommt. Heute trifft man sich zum ersten Mal.

BERLIN – Küsschen links, Küsschen rechts wie der Vorgänger Nicolas Sarkozy? Ein klassischer Handkuss à la Jacques Chirac? Oder vielleicht doch eher ein nüchterner deutscher Handschlag? Für Frankreichs neuen Präsidenten François Hollande steht heute schon mit der Begrüßung der deutschen Kanzlerin eine schwierige Entscheidung an. Angela Merkel hatte ihn im Wahlkampf abblitzen lassen, Hollande provozierte munter zurück. Aber irgendwie muss man jetzt doch miteinander auskommen.

Eigentlich ist es nichts Besonderes, dass die erste Auslandsreise eines neuen französischen Präsidenten nach Berlin führt. Wohin auch sonst? Neu ist allerdings der Schlagabtausch, den sich beide Seiten im Vorfeld lieferten. Der Sozialist Hollande ging im Wahlkampf auf Konfrontationskurs zur CDU-Kanzlerin – nicht nur mit der Forderung nach einer Neuverhandlung des europäischen Fiskalpakts für mehr Haushaltsdisziplin.

Merkel könne nicht gleichzeitig Eurobonds ablehnen, vorsichtig gegenüber einer Finanztransaktionssteuer sein und der Europäischen Zentralbank verbieten wollen, Geld direkt an die Staaten zu verleihen, polterte Hollande. „Es ist nicht Madame Merkel,

die im Namen aller Europäer entscheidet.“ Mit Sätzen wie diesen warb er um Wähler, die im Vorgänger Nicolas Sarkozy mitunter „Merckels Marionette“ sahen. Im Gegenzug stellte die Kanzlerin klar, dass an eine Aufweichung des mühsam ausgehandelten Fiskalpakts überhaupt nicht zu denken sei.

Ob Hollande auf Konfrontationskurs bleibt, wird sich wohl erst in den kommenden Wochen zeigen. Im nächsten Monat stehen in Frankreich erst einmal Parlamentswahlen an, bei denen sich der linke Präsident auch eine linke Mehrheit in der Nationalversammlung holen will. Ein zu großes Entgegenkommen in Richtung Berlin könnte dabei schaden. Die meisten Experten erwarten jedoch, dass man sich dann irgendwie einigen wird. Heute Abend sind große Beschlüsse noch nicht zu erwarten. „Das wird kein Gipfel der Entscheidungen“, betonte der deutsche Regierungssprecher Steffen Seibert.

Vom Wessen her verbindet Merkel übrigens einiges mehr mit dem vernunftgesteuerten Hollande als mit dessen hibbeligem Vorgänger Sarkozy. Beide gelten als nüchterne Pragmatiker, die stets auf der Suche nach Kompromissen sind. Aber wie sich die Sache entwickelt, weiß man letztlich natürlich nie. Fest steht jedenfalls, dass Hollande nach einem Abendessen im Kanzleramt noch vor Mitternacht nach Paris zurückfliegen wird. Ansgar Haase/Christoph Sator, dpa